

Klingbeil greift durch: Neuer Kampf gegen Schwarzarbeit in Deutschland!

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil kündigt neuen Kampf gegen Schwarzarbeit an und kritisiert Vorgänger Lindner. Neuregelungen folgen.



Nachrichten AG

Deutschland - Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat einen verstärkten Kampf gegen Schwarzarbeit und Steuerbetrug in Deutschland angekündigt. Auf einer Pressekonferenz erläuterte er, dass die Zollbeamten in umfassenden Ermittlungen gegen die Schattenwirtschaft aktiv werden sollen. „Ich möchte meine Zollbeamten losschicken, es gibt genug zum Hingucken“, erklärte Klingbeil. Seine Kritik richtet sich insbesondere an seinen Vorgänger Christian Lindner (FDP), den er für dessen unambitionierte Bekämpfung der Schwarzarbeit verantwortlich macht.

Ein jüngster Bericht des Zolls deckte für das Jahr 2024 Schäden durch Schwarzarbeit in Höhe von 766 Millionen Euro auf, was

einen Anstieg im Vergleich zu 615 Millionen Euro im Jahr 2023 darstellt. Die Dunkelziffer der Schwarzarbeit, so schätzen Fachleute, dürfte jedoch deutlich höher liegen. Diese besorgniserregenden Zahlen wurden vor der Vorstellung des Jahresberichts des Zolls veröffentlicht und verdeutlichen das Ausmaß des Problems.

Geplante Maßnahmen und Gesetzesinitiativen

Klingbeil plant, noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung der Schwarzarbeit in den Bundestag einzubringen. Zudem kündigte er an, die Ermittlungen zu intensivieren, um mehr Fälle von Schwarzarbeit aufzudecken. Ziel sei es, Menschen vor Ausbeutung zu schützen und staatliche Einnahmen zu sichern. Ein entscheidendes Instrument dabei wird der Einsatz automatisierter Datenanalyse sein, einschließlich Künstlicher Intelligenz, um gezielte Ermittlungen durchführen zu können.

Der Fokus der Finanzkontrolleure richtet sich vor allem auf Branchen, die besonders anfällig für Schwarzarbeit sind, wie das Friseurgewerbe, Kosmetik- und Barbershops sowie Nagelstudios. Klingbeil betonte, dass er einen härteren Kurs gegen Steuerbetrüger und Geldwäsche anstrebe. Die vom Finanzminister vorgeschlagene Umkehr der Beweislast bei der Vermögenseinziehung wird als weiterer Schritt im Kampf gegen Finanzkriminalität eingeführt. Verdächtige Vermögenswerte müssen nunmehr nachweisen, dass sie legal erworben wurden, was die Behörde in ihren Ermittlungen deutlich unterstützen soll.

Die Ankündigungen von Klingbeil stehen im Kontext der wachsenden Herausforderungen im Kampf gegen illegale Praktiken in Deutschland und zeigen den Druck auf die Regierung, effektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Schwarzarbeit zu ergreifen. Die kommenden Monate könnten entscheidend sein, um die von der SPD angestrebten Reformen tatsächlich umzusetzen und dauerhaft

mehr Transparenz im Arbeitsmarkt zu schaffen.

Für weiterführende Informationen über die Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Schwarzarbeit können Sie die offiziellen Informationen des Bundestags einsehen **hier**.

Details	
Vorfall	Betrug
Ursache	Schwarzarbeit, Steuerbetrug
Ort	Deutschland
Schaden in €	766000000
Quellen	• www.t-online.de • www.zeit.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net